

Atomkraftwerke sollen mindestens bis 2037 laufen

Schwarz-Gelb knickt vor der Atomlobby ein

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist endgültig vor der Atom-Lobby eingeknickt und hat am 5. September eine einschneidende Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke beschlossen. Die großen Atomstrom-Konzerne E.on, RWE, Vattenfall Europe und EnBW können riesige Zusatzgewinne in Höhe von rund 50 Milliarden Euro einstreichen. Ihre monopolartige Stellung bei der Stromversorgung wird auf Jahrzehnte zementiert. Die Erzeuger erneuerbarer Energien und die regionalen Stromunternehmen, wie die Stadtwerke, sind die Verlierer.

Mit dem Beschluss kündigt Schwarz-Gelb gleichzeitig den Energiekonsens auf, den die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren mit den Stromerzeugern geschlossen hat. Gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung haucht Schwarz-Gelb der hoch gefährlichen Atomtechnologie wieder Leben ein. Die Frage der Endlagerung des atomaren Abfalls bleibt weiter ungeklärt – ihre Lösung wird den folgenden Generationen überlassen.

Schwarz-Gelb will den Beschluss – entgegen dem Rat vieler Experten und Verfassungsrechtler – ohne Beteiligung des Bundesrats durchsetzen. SPD, Grüne und zahlreiche Umweltverbände und die sozialdemokratisch regierten Bundesländer haben Aktionen gegen den Atom-Beschluss und Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt.

Geheimvertrag: Weitere Zugeständnisse an die Atomlobby

Erst am 9. September, vier Tage nach der Vorstellung des Energiekonzepts, wurde bekannt, dass die Bundesregierung mit den Stromkonzernen an Bundestag und Öffentlichkeit vorbei einen Geheimvertrag mit sehr viel weitergehenden Zusagen geschlossen hat.

Der Geheimvertrag enthält im wesentlichen folgende Punkte:

- ▶ Die Konzerne dürfen ihre zugesagten Zahlungen in den Klimaschutzfonds kürzen, wenn die Brennelementesteuer mehr als 2,3 Milliarden Euro einbringt.
- ▶ Übersteigt die sicherheitstechnische Nachrüstung alter Atommeiler die Summe von 500 Millionen Euro pro Kraftwerk, dürfen sie ihre Zahlungen ebenfalls senken.
- ▶ Darüber hinaus enthält der Vertrag Ausstiegsklauseln für die Konzerne im Fall eines Regierungswechsels.

Der SPD-Vorsitzende Gabriel gegenüber dpa: „Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Regierung die Sicherheit der Bevölkerung so dreist verkauft. Der Geheimvertrag zwischen der Bundesregierung und den vier Atomkonzernen zeigt: Merkel, Westerwelle und Röttgen vertreten nicht das Gemeinwohl, sondern die Interessen der vier Energie-Monopolisten.“ (dpa.9.9.2010)

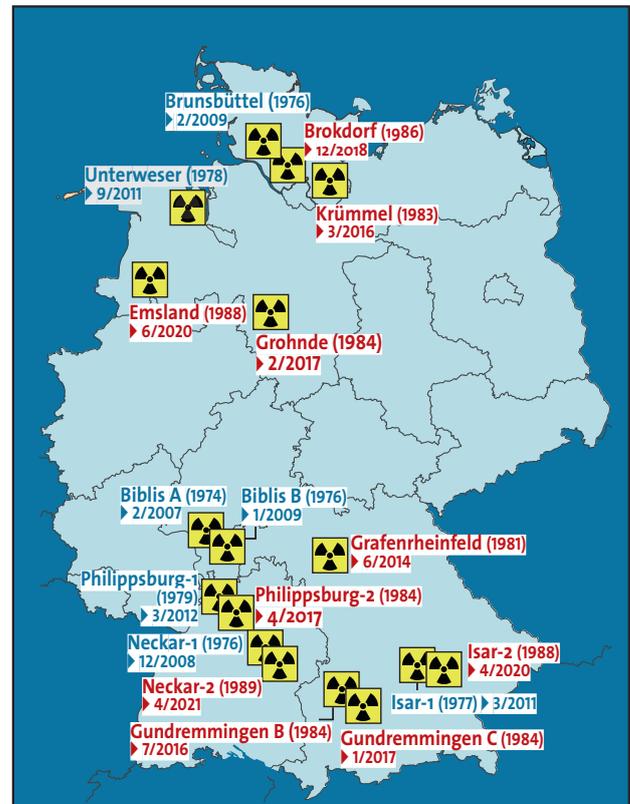
Die Kernpunkte des schwarz-gelben Atombeschlusses

Laufzeiten

Die Laufzeit der nach 1980 erbauten Atommeiler (17 Stück) soll um 14 Jahre verlängert werden. Die restlichen sieben älteren Reaktoren sollen acht Jahre länger laufen. Damit erhöht sich die im rot-grünen Atomkonsens festgelegte Regellaufzeit von 32 auf mindestens 46 Jahre. Die Verlängerung beruht auf genehmigten Strommengen für die jährliche Vollastleistung eines Atomkraftwerkes. Läuft das AKW nicht mit voller Auslastung, verlängert sich die Nutzungsdauer. Die Atomkonzerne können so durch weniger Auslastung ihre Laufzeiten „strecken“. Das heißt: 2037 ist der frühestmögliche Zeitpunkt für den endgültigen Abschied von der Atomkraft. Eine „Brückentechnologie“ sieht anders aus.

Rekord-Profite der Atomkonzerne

Das Freiburger Öko-Institut hat in einer ersten Auswertung des Beschlusses die riesigen Profite der vier großen Stromkonzerne berechnet. Bleiben die Strompreise in den nächsten Jahrzehnten konstant (was eher unwahrscheinlich ist), liegen die zusätzlichen Gewinne bei 58 Milliarden Euro. Durch verschiedene Maßnahmen wie Brennelementesteuer oder freiwillige Zahlungen sollen hiervon 27 Milliarden Euro abgeschöpft werden. Bei den AKW-Betreibern verbleiben rund 21 Milliarden Euro (54 Prozent) Zusatzgewinn.



Restlaufzeiten der Atomkraftwerke nach dem Atomkonsens und geplante Verlängerung durch Schwarz-Gelb (blau 8 Jahre, rot 14 Jahre)

Steigen die Strompreise moderat, steigen die Zusatzprofite der Konzerne sogar auf rund 94 Milliarden Euro. Nach Abzug der Steuern und freiwilligen Abgaben verbleiben rund 68 Milliarden Euro (72 Prozent) in den Konzernkassen. (s. Grafiken)

Zusatzprofite der AKW-Betreiber durch Laufzeitverlängerung und geplante Abführung der Zusatzprofite nach dem Verhandlungsergebnis vom 5. 9. 2010, real, bei konstanten Strompreisen, in Milliarden Euro

	Zusatzprofite ab 2011	Kernbrennstoffsteuer 2011/2016	Freiwillige Zahlung 2011/2016	Gewinnausgleich ab 2017	Saldo für KKW-Betreiber	Zusatzprofite in Prozent
EnBW	12,01	- 2,66	-	- 2,67	6,67	56 %
RWE	14,76	- 3,39	-	- 3,34	8,03	54 %
E.ON	24,86	- 5,17	-	- 5,33	14,35	58 %
Vattenfall	4,12	- 0,86	-	- 0,92	2,33	57 %
Andere	1,94	- 0,37	-	-0,51	1,05	54 %
Summe	57,69	- 12,46	-1,32	- 12,78	31.14	54 %

Zusatzprofite der AKW-Betreiber durch Laufzeitverlängerung und geplante Abführung der Zusatzprofite nach dem Verhandlungsergebnis vom 5. 9. 2010, real, bei moderat steigenden Strompreisen, in Milliarden Euro (Quelle: Öko-Institut Freiburg)

	Zusatzprofite ab 2011	Kernbrennstoffsteuer 2011/2016	Freiwillige Zahlung 2011/2016	Gewinnausgleich ab 2017	Saldo für KKW-Betreiber	Zusatzprofite in Prozent
EnBW	19,66	- 2,66	-	- 2,67	14,32	73 %
RWE	24,23	-3,4	-	- 3,34	17,5	72 %
E.ON	29,27	- 5,17	-	- 5,33	29,76	74 %
Vattenfall	6,7	- 0,86	-	- 0,92	4,97	74 %
Andere	3,37	- 0,37	-	-0,51	2,49	74 %
Summe	94,29	12,46	-^1,32	- 12,78	67,73	72, %

Nur ein geringer Teil der Mittel, die an den Staat fließen, wird nach dem Beschluss für Klimaschutz verwendet. Bleiben die Strompreise konstant, sollen die Konzerne über die gesamte Laufzeitverlängerung lediglich 14 Milliarden Euro in einen Energieeffizienz- und Klimaschutzfonds einzahlen. Hiervon sollen bis 2016 allerdings nur 1,3 Milliarden Euro fließen. (Öko-Institut Freiburg, Erste Auswertung des am 5. September 2010 ausgehandelten Modells für die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke, 6.9.2010; www.oeko.de)

Bremsklotz für Erneuerbare Energien

Die Behauptung von CDU-Umweltminister Norbert Röttgen, der Koalitionsbeschluss sei das „größte Programm in der Geschichte für Erneuerbare Energien“ ist zynisch, denn Laufzeitverlängerungen sind der größte Bremsklotz für die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien. Schwarz-Gelb zementiert die bestehenden Monopolstrukturen auf dem Strommarkt, ein fairer Wettbewerb wird auf Jahrzehnte verhindert. Zudem stellt Schwarz-Gelb den Einspeisevorrang für erneuerbare Energien, den die Rot-Grün gesetzlich verankert hatte, in Frage. Wenn alte abgeschriebene Atomkraftwerke in der Grundlast weiter Strom produzieren und ins Netz einspeisen, wird weniger Strom aus erneuerbaren Energien benötigt. Investitionen in den Ausbau und die Weiterentwicklung moderner Energietechnologien werden unattraktiv. Über 300 000 Ar-

beitsplätze stehen in diesem innovativen Industriezweig auf dem Spiel. Die Beschlüsse der Regierung bedeuten geringere Versorgungssicherheit, weniger Wettbewerb, Behinderung der Erneuerbaren und am Ende höhere Preise.

Um den den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke möglichst lukrativ für die Betreiber zu gestalten, will die Regierung den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien dämpfen und sie politisch unter den Ausbaupotentialen halten. Gleich in mehreren Bereichen leitet Schwarz-Gelb deshalb den Abschied vom rotgrünen Erneuerbare-Energien-Gesetz ein, dass den Boom bei alternativen Energieträgern überhaupt erst möglich gemacht hat. Sie stellt mit vielen ihrer Vorschläge immer wieder die festgeschriebene Vorrangregelung samt fester Vergütungssätzen in Frage.

Die Koalition schaut bei der Erneuerbaren-Förderung nur auf kurzfristige Kosteneffizienz und verspielt dadurch Entwicklungspotenziale. Es finden sich keine Vorschläge, wie die Erneuerbaren noch marktfähiger gemacht werden können und wie sie am Ende auch grundlastfähig werden. Außerdem verzichtet die Regierung auf eine gesetzliche Verankerung der mittel- und langfristigen Klimaschutzziele und sieht bei Energieeffizienz, Gebäudesanierung und Netzausbau lediglich einen Prüfvorbehalt vor.

Massive Nachteile für innovative und regionale Stromerzeuger

In Bedrängnis geraten hier vor allem regionale Stromerzeuger wie Stadtwerke. Dies sieht auch Städtetagspräsidentin Petra Roth (CDU) so: „Die Städte und ihre Unternehmen investieren in großem Umfang in umweltfreundliche Energieerzeugung. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke dürfen diese Investitionen nicht gefährden. Deshalb brauchen die Stadtwerke eine Kompensation aus der geplanten Energie-Abgabe der Stromkonzerne sowie der Brennelementesteuer. Eine Laufzeitverlängerung ohne Ausgleich verbessert ausschließlich die Wettbewerbsposition der großen Energieversorger.“ (*Passauer Neue Presse, 7.9.2010*)

Darüber hinaus profitieren die Atomkonzerne sogar noch von ihrer Abgabe zur Förderung von erneuerbaren Energien, die sie zur Stärkung ihrer Position auch auf diesem Feld einsetzen werden. Björn Klusmann, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbarer Energien: „Mit dieser Entscheidung zementiert die Bundesregierung das Oligopol der Stromkonzerne. Die zusätzliche Abgabe stärkt ihre Wettbewerbsposition noch, denn sie ist nichts weiter als eine staatlich verordnete Investition in die eigene Zukunftsfähigkeit der Atomwirtschaft“.

(*Pressemitteilung des BEE, 8. 9.2010; www.bee-ev.de*)

Mehr Atommüll

Die Verlängerung der Laufzeiten wird nach Berechnungen von Greenpeace und dem Bundesamt für Strahlenschutz zu einer zusätzlichen Menge hochradioaktiven Atommülls von 4400 bis 4800 Tonnen führen. Dies bedeutet, dass etwa 512 zusätzliche Castor-Behälter mit Atommüll bestehen, die zu den 215 Castor-Behältern hinzukommen, die auch bei Weitergeltung des Atomkonsenses noch produziert werden müssen. Obwohl in den atomaren Zwischenlagern katastrophale Zustände bestehen und eine Sanierung unausweichlich ist, obwohl es immer noch kein Endlager in Deutschland gibt, produziert Schwarz-Gelb weiterhin Atommüll zu Lasten der

kommenden Generationen.

Berliner Zeitung, 8.9.2010

Alibi-Abgabe Brennelementesteuer

Selbst bei der Brennelementesteuer, die Schwarz-Gelb als großen Beitrag der Atomkonzerne zum „Sparpaket“ der Bundesregierung angekündigt hat, ist die Regierung eingeknickt. In den Abschlussverhandlungen wurde der Steuerbetrag von 220 Euro pro Gramm Uran aus 145 Euro abgesenkt. Außerdem können die Konzerne die Steuer als Betriebsausgaben absetzen und damit andere Steuern mindern (z. B. die Gewerbesteuer, die den Kommunen zu Gute kommt). Die Beteuerungen von Finanzminister Schäuble, dass die Brennelementesteuer ein Nettoaufkommen von 2,3 Milliarden Euro erbringen soll, haben sich jetzt als gegenstandslos erwiesen. Eher liegt das zu erwartende Aufkommen bei 1,5 Milliarden Euro. Außerdem wird die Brennelementesteuer nicht dauerhaft, sondern nur befristet bis 2016 eingeführt.

Dazu kommt: Die Brennelementesteuer ist die einzige Maßnahme des schwarz-gelben Sparpakets, die die Wirtschaft an der Haushaltskonsolidierung beteiligt. Alle anderen Maßnahmen treffen die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Schwächsten.

Kniefall vor der Atomlobby

Die Bundesregierung ist vor der Atomlobby eingeknickt und hat sich zum Erfüllungsgehilfen der Konzerne gemacht. Die Atomlobby hat massiven Druck gegenüber der Bundesregierung aufgebaut und der Kanzlerin die Verlängerungsmodalitäten diktiert. Im Gegenzug bekommt die Kanzlerin die Almosen der Brennelementesteuer. Dies widerspricht in fundamentaler Weise den Grundsätzen unserer Demokratie.

Darüber hinaus will die schwarz-gelbe Koalition die Atomlaufzeiten verlängern ohne ein Votum des Bundesrats einzuholen, da sie hier keine Mehrheit hat. Dagegen werden SPD-geführte Bundesländer und die SPD-Fraktion klagen.

Sechs Mythen der Atomlobby

► **Die Atomlobby behauptet: Kernkraft produziert billigen Strom.**

■ **Richtig ist: Kernkraft ist teurer!**

Die Atomkraftwerke laufen und die Preise sinken trotzdem nicht. Denn der Strompreis wird von den teureren Kraftwerken bestimmt. Wie auch Studien belegen, besteht also kein Zusammenhang zwischen längeren Laufzeiten und dem Strompreis. Die Bürger zahlen über ihre Steuern die zusätzlichen Subventionen mit. Nur dadurch wird Atomstrom überhaupt konkurrenzfähig. So können die Energie-Riesen mit ihren alten abgeschriebenen Kernkraftwerken ordentlich Kasse machen (pro Tag eine Million Euro Extra-Profit). Bei den Verbrauchern kommt jedoch nichts an.

► **Die Atomlobby behauptet: Ohne Atomkraft ist die Energiesicherheit in Deutschland gefährdet.**

■ **Richtig ist: Deutschlands Energieversorgung ist sicher, auch ohne Atomkraft!**

Dies bestätigt das amtliche Gutachten der Bundesregierung von 2008. Es zeigt: Trotz Atomausstieg gibt es bis 2020 keinerlei Engpässe. Außerdem ist Deutschland nur mit erneuerbaren Energien vollständig unabhängig. Denn: 100 Prozent des benötigten Urans wird importiert!

► **Die Atomlobby behauptet: Atomkraft gehört zum Energie-Mix der Zukunft.**

■ **Richtig ist: Nur erneuerbare Energien haben Zukunft!**

Atomkraft hat am weltweiten Endenergiebedarf (Strom, Wärme, Kraftstoffe) gerade einmal einen Anteil von circa 2,5 Prozent. Erneuerbare Ener-

gien kommen bereits auf 20 Prozent. Außerdem sind in der Branche 300.000 Menschen beschäftigt. Laufzeitverlängerungen würden die Investitionen der letzten Jahre nur bremsen.

► **Die Atomlobby behauptet: Die Zustimmung zur Kernenergie wächst.**

■ **Richtig ist: Es gibt keine Renaissance der Atomenergie!**

In den letzten zwei Jahrzehnten sind weltweit mehr Atomkraftwerke vom Netz gegangen als neue hinzugekommen. Insgesamt produzieren vergleichsweise wenige Länder Atomstrom. Bei den erneuerbaren Energien gibt es hingegen einen weltweiten Boom – und Deutschland ist Weltmarktführer!

► **Die Atomlobby behauptet: Die Laufzeitverlängerung ohne Beteiligung des Bundesrates ist rechtmäßig.**

■ **Richtig ist: Eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ohne Beteiligung des Bundesrates ist verfassungswidrig!**

Dies bestätigt ein Gutachten des ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier, das von Bundesumweltminister Norbert Röttgen in Auftrag gegeben wurde. Außerdem lehnt die Mehrheit in Deutschland Atomkraft ab. 37 Prozent sehen in ihr eine große Gefahr für sich und ihre Familien, 20 Prozent sogar eine sehr große Gefahr. In einer Emnid-Umfrage sprachen sich 72 Prozent der Befragten für eine Stilllegung des Atomkraftwerks Krümmel aus.

► **Die Atomlobby behauptet:**
Kernkraft ist sicher.

■ **Richtig ist:**
Kernkraft kann nie ganz sicher sein!

Deutsche Atomkraftwerke laufen nicht störungsfrei. Laut dem Bericht der Bundesregierung haben acht der 17 Atommeiler technische Mängel. Grund: Reaktoren altern. Sie wurden für eine Laufzeit von 25 und nicht 40 oder 60 Jahre konzipiert. Die Forderung von Schwarz-Gelb, alte Reaktoren länger am Netz zu lassen und jüngere kürzer, ist daher unverantwortlich. Außerdem sind Atomkraftwerke nicht ausreichend gegen Terrorangriffe geschützt.

Nach Tschernobyl leiden in der Ukraine immer noch 2,4 Millionen Menschen an den Folgeschäden. Der volkswirtschaftliche Schaden beträgt mehrere hundert Milliarden US-Dollar.